

Prof. Dr. Holger Hoffmann von der FH Bielefeld beschäftigt sich seit Jahren mit den Europäischen Entwicklungen im Flüchtlingsrecht. In seiner neusten Veröffentlichung (Juni-Oktober 2019) beschreibt er die **Lage auf den Hauptfluchtrouten** und gibt einen Überblick über diverse Unterstützungsleistungen der EU für die betroffenen Staaten. **Auszüge** aus seinem Bericht, ergänzt durch **aktuelle Pressemeldungen**, sind hier zusammengestellt.

1. Östliche Mittelmeerroute/insbesondere: Situation in Griechenland

Seit Jahresbeginn 2019 sollen insgesamt 57.182 Migrant*innen in Griechenland auf dem See- oder dem Landweg angekommen sein (37 % mehr als 2018). 28.952 von ihnen wurden auf das Festland gebracht. Z.Zt. befinden sich 35.630 Personen in den Lagern auf den ägäischen Inseln. Die Zahl der Personen, die auf dem Landweg kommen, ist 2019 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 27 % zurückgegangen. Auf den Ägäischen Inseln machten Afghanen 2019 mit fast 41 % die größte Gruppe der Neuankömmlinge aus. Über die Landgrenze kamen vor allem türkische Staatsangehörige (ca. 75 %). Die schwierigen Bedingungen, die durch die zunehmende Zahl der Neuankömmlinge verursacht werden, führen zu dringendem Handlungsbedarf.

Die griechische Regierung hat zugesagt, Teile ihres Asylrechts zu überprüfen, um Antragsbearbeitung und Rückführungen zu beschleunigen. Zur Verbesserung der Aufnahmebedingungen auf den Inseln hat die EU seit 2015 Hilfe im Wert von über 2,2 Mrd. € bereitgestellt. Dies umfasst 8 Mio. €, die im September 2019 für zwei Projekte von IOM geleistet wurden, um den Schutz und die Aufnahmebedingungen für unbegleitete Minderjährige sowie die Sicherheit in den Festlandslagern zu verbessern. 2019 wurden im Rahmen des Programms Soforthilfe für Integration und Unterbringung (ESTIA), das von UNHCR durchgeführt wird, weitere Unterkünfte für mehr als 25.000 Asylsuchende und Flüchtlinge sowie monatliche Geldleistungen für mehr als 72.000 Menschen bereitgestellt. Die EU hat auch die Arbeit von IOM sowie des Notfonds der UN für Kinder finanziert, um Aufnahmeeinrichtungen auf dem Festland vor Ort zu unterstützen.

In einem Antrag der Linken (BT-Drucksache 19/14024 - 15.10. 2019) zur Situation in Griechenland wird Folgendes ausgeführt: Das sog. Hotspot-Konzept der EU hat dazu geführt, dass immer mehr Schutzsuchende unter unerträglichen Bedingungen auf den griechischen Ägäis-Inseln untergebracht werden und kaum noch Chancen auf ein faires Asylverfahren haben. Ende September 2019 lebten knapp 30.000 Geflüchtete in den Lagern auf Lesbos, Chios, Samos, Leros und Kos, obwohl deren Kapazitäten nur auf etwa 9.000 Personen ausgelegt sind. Viele warten Monate und Jahre auf ihren Asylbescheid oder auf ihre Anhörung; Verlegungen aufs Festland finden nur unregelmäßig und in unzureichender Zahl statt. Anfang September 2019 wurden 1.416 Menschen von Moria auf Lesbos in Lager im Norden von Griechenland verlegt. Die Zustände dort sind teilweise noch schlechter als in Moria, auch weil die Infrastruktur und Versorgung noch katastrophaler sind. Ankommende Schutzsuchende werden in Moria in einem Großraumzelt untergebracht, das für ca. 80 Personen ausgelegt ist, in dem aufgrund der hohen Ankunftsahlen aber zeitweilig 500 – 600 Personen unterkommen müssen. Teilweise müssen die Menschen in Schichten schlafen, weil nicht genug Platz zur Verfügung steht, darunter auch zahlreiche unbegleitete minderjährige Schutzsuchende.

Die medizinische Versorgung ist völlig unzureichend, weil es kaum medizinisches Personal gibt; auf Lesbos arbeiten in dem Lager offiziell lediglich 2i Ärzte. Besondere Schutzbedürftigkeit wie schwerwiegende Krankheiten oder Posttraumatische Belastungsstörungen, können so kaum festgestellt werden. Bei einem Brand im völlig überfüllten Lager Moria kam Ende Sept. 2019 eine afghanische Mutter ums Leben, viele weitere Menschen wurden verletzt.

Besonders desaströs ist die Lage von Kindern, insbesondere von ca. 2.000 unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen. Im Lager Moria auf Lesbos leben mehr als 10.000 statt der vorgesehenen 3.500 Menschen, davon sind ca. 42 % Kinder. Der griechische Regierungs-

chef Mitsotakis forderte angesichts der Notlage andere EU-Staaten dazu auf, zumindest Minderjährige aus den Insel-Hotspots zu holen und aufzunehmen.

Nach der Rückkehr von einer viertägigen Reise nach Athen und Lesbos schlug der niedersächsische Innenminister Pistorius Mitte November 2019 vor, 1.000 Kinder und Jugendliche über Sonderkontingente schneller aus Griechenland nach Deutschland und möglicherweise auch in andere europäische Länder zu bringen. „Die Not vor Ort ist gerade jetzt mit dem bevorstehenden Winter zu groß, um das tatenlos mit anzusehen“, sagte Pistorius. Für die Kinder gebe es ohne Hilfe von außen kaum eine Perspektive. „Hunderte von ihnen leben in Zelten oder unter Plastikplanen unter furchtbaren Bedingungen“, zitiert Migazin am 27.11.19 Pistorius. Bundesinnenminister Seehofer hat die Forderung des niedersächsischen Innenministers nach einem Sofortprogramm für minderjährige Flüchtlinge in Griechenland umgehend abgelehnt. <http://www.migazin.de/2019/11/27/griechenland-seehofer-lehnt-soforthilfe-fuer-minderjaehrige-fluechtlinge-ab/>

Ein Bericht des Bundesfachverbandes unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (BumF) beschreibt massive Verstöße gegen die UN-Kinderrechtskonvention in den Hotspots und spricht ebenfalls von „katastrophalen“ Bedingungen. Auch Abgeordnete des Bundestages kritisierten nach Besuchen vor Ort die unerträglichen Zustände. Deutschland – so die Linken in ihrem Antrag – nutze die Handlungs- und humanitären Ermessensspielräume der Dublin-Verordnung nicht, um wenigstens unbegleiteten Flüchtlingskindern und Familienangehörigen hier lebender Flüchtlinge die Einreise aus Griechenland und ein Asylverfahren in Deutschland unkompliziert zu ermöglichen. Stattdessen werden in einem sehr restriktiven Verfahren und teilweise unter Missachtung der subjektiven Rechte auf Familienzusammenführung nach der Dublin-Verordnung Überstellungen nach Deutschland verhindert, kritisiert etwa „Pro Asyl“ auf der Grundlage dokumentierter Einzelfälle.

Die griechische Regierung kündigte am 2. Sept. 2019 an, dass in Zusammenarbeit mit IOM über 1.400 Asylsuchende vom Aufnahmezentrum Moria/Lesbos auf das Festland in Nord-Griechenland transferiert werden sollten. Dort lebten bereits 1.200 Personen. Doch auch dort herrscht Platzmangel, es wurden zusätzliche Zelte errichtet. Lokale Behörden haben allerdings bereits mitgeteilt, dass das Risiko von Wassermangel und Mangel an elektrischer Energie bestehe. Die Regierung kündigte an, dass die Unterbringung nur vorläufig sei, bis ein weiteres Aufnahmezentrum eröffnet werden könne.

Grund für den langen Aufenthalt auf den Inseln sind die langen, griechischen Asylverfahren (ein Beamter gibt an, dass wer heute auf Lesbos ankomme, im April 2022 seine erste Asyl-Anhörung habe) in Verbindung mit dem EU-Türkei-Deal, sagt PRO ASYL, das die griechischen Inseln schon heute "Haftlager" nennt. Die griechische Regierung plane, die bereits bestehenden Lager in geschlossene "Abschiebezentren" umzuwidmen. Die Menschen nun einzusperrern werde nichts lösen, es sei erneute Symbolpolitik, die Leid verursache und das, was sie vorgibt, anzustreben, nicht erreichen werde. Etwa 36.000 fliehende Menschen befinden sich derzeit auf den griechischen Inseln. Zugleich werden Vorwürfe gegen griechische Behörden von Seiten Fliehender laut, dass sie gegen ihren Willen ohne die Chance auf einen Asylantrag in die Türkei zurückgeschoben würden.

2. Westbalkanroute

Nachdem die Zahl der auf dieser Route aufgegriffenen Migranten 2018 gegenüber dem Vorjahr um die Hälfte zurückgegangen war, hat sich 2019 die Zahl wieder erhöht. Z.Zt. sollen sich ca. 12.000 Menschen in der Region aufhalten, davon ca. 7.000 in **Bosnien**. Schätzungen zufolge kamen in **Bosnien-Herzegowina** seit Januar 2018 mehr als 45.000 Flüchtlinge an. Bisher konnten nur 3.300 Menschen in offiziellen Zentren untergebracht werden. Allein im ersten Halbjahr 2019 wurden rund 10.000 Geflüchtete in Bosnien-Herzegowina registriert. Die allermeisten benötigen dringend Unterstützung: Kurzfristig geht es um Verpflegung, Unterbringung und ärztliche Versorgung. Seit langem werden Push-backs, also Zurückweisungen ohne jedes rechtsstaatliche Verfahren, **aus Kroatien nach**

Bosnien dokumentiert. Unzählige Belege für die Praktiken der Entrechtung und Gewalt wurden veröffentlicht. Das Ausmaß der bei den Pushbacks durch die kroatische Polizei eingesetzten Gewalt ist erschreckend – doch auch seitens einiger GrenzpolizistInnen regt sich Kritik: Sie beklagen sich darüber, gezwungen zu sein, Menschen auf der Flucht unmenschlich zu behandeln. Sie müssten auf Anweisungen übergeordneter Stellen illegale Aktionen durchführen.

Nach einer Änderung der Praktiken sieht es nicht aus, zumal es an internationalen Druck auf Kroatien fehlt. Das Schweigen der EU sei nicht verwunderlich: Kroatien setze mit den Pushbacks die gemeinsame EU-Abschottungspolitik praktisch um, meint PRO ASYL (<https://www.proasyl.de/news/perspektivlos-entrechtet-in-bosnien-die-folgen-der-abschottungspolitik/>).

Seit 2018 hat die EU rund 24 Mio € für Migrationskontrolle, Camps und Grenzsicherung in Bosnien-Herzegowina sowie für die Förderung freiwilliger Rückkehr bereitgestellt. Angesichts der vielfältigen internen Probleme in dem politisch zutiefst gespaltenen, weitgehend dysfunktionalen Land, vermögen es die bosnischen Behörden nicht, eine angemessene Unterstützung der Schutzsuchenden sicherzustellen. Ein funktionierendes Asylsystem existiert lediglich auf dem Papier; ein Asylverfahren gibt es in der Praxis nur in wenigen Einzelfällen.

Die Internationale Organisation für Migration (IOM) betreibt 5 Camps in Bosnien-Herzegowina, deren Unterhalt die EU finanziert. Die Kapazitäten der Einrichtungen reichen jedoch bei weitem nicht aus. Vor einem Camp in Sarajewo warten Geflüchtete, darunter Familien mit Kindern mitunter tagelang darauf, registriert und aufgenommen zu werden.

Um die Rechte von Menschen auf der Flucht zu gewährleisten, sei ein Ende der EU-Abschottungspolitik unabdingbar, meint PRO ASYL. Die Pushbacks aus Kroatien und die Gewalt der kroatischen Grenzpolizei müssten umgehend eingestellt werden. Schutzsuchende dürften nicht daran gehindert werden, einen Asylantrag in Kroatien zu stellen und das Verfahren in einem EU-Mitgliedsstaat zu durchlaufen, das angemessene Unterstützung garantiere. Auch hier müsste das Solidaritätsprinzip greifen: Kroatien dürfe als Land an der EU-Außengrenze nicht alleine für die Umsetzung des Rechts auf Asyl verantwortlich sein. Die EU-Mitgliedsstaaten müssten sicherstellen, dass die in Bosnien-Herzegowina und Serbien gestrandeten Schutzsuchenden Zugang zu fairen Asylverfahren in der EU erhalten.

3. Zentrale Mittelmeerroute

Insgesamt bewegt sich die Zahl der irregulären Einreisen über die zentrale Mittelmeerroute auf einem niedrigen Niveau, wobei die Zahl der Neuankömmlinge in Malta erheblich zugenommen und bis zum 6. Oktober 2019 mit mehr als 2.800 Personen fast das Dreifache der 2018 im gleichen Zeitraum gemeldeten Zahl erreicht hat. Zusammen genommen lag die Zahl der Neuankömmlinge in **Italien und Malta** am 6. Oktober 2019 knapp unter 11.000, ein Rückgang von über 52 % gegenüber 2018. Die Zahl derer, die bis zum 6. Oktober 2019 in Italien angekommen waren (etwas weniger als 8.000), lag rund zwei Drittel niedriger als 2018 während des gleichen Zeitraums.

Anlässlich des Sondertreffens einiger EU-Innenminister auf Malta am 23. September 2019 fordern Amnesty International und PRO ASYL eine Lösung für die seit Monaten andauernde Seenotrettungskrise im Mittelmeer. „Von Malta muss nicht nur ein Signal der Solidarität für Schutzsuchende ausgehen, sondern eine tragfähige, unkomplizierte und effiziente Lösung, an der sich möglichst viele europäische Staaten beteiligen“, sagt Amnesty. PRO ASYL begrüßt, dass Deutschland, Finnland, Frankreich, Italien, Malta und Portugal eine entsprechende europäische Initiative starten wollen. Beide Organisationen vermischen die Teilnahme weiterer EU-Staaten und appellieren an deren Regierungen, sich künftig bei der Aufnahme von Schutzsuchenden zu beteiligen.

<https://www.amnesty.de/allgemein/pressemitteilung/malta-malta-amnesty-international-und-pro-asyl-appellieren-alle-eu>

PRO ASYL erwartete von dem Treffen einen Impuls, der die in Zypern, Griechenland, Italien, Spanien unter Lebensgefahr Ankommenden einschließt. Gefordert wurde eine zügige Verteilung der Schutzsuchenden und Zugang zu einem rechtsstaatlichen Verfahren, anstatt sie in Hotspots und anderen haftähnlichen Lagern festzuhalten. Im Ergebnis ist die [Malta-Ver einbarung](#) jedoch wertlos, weil keine Einigkeit unter den EU-Staaten erzielt werden konnte.

Tunesien ist, gefolgt von **Libyen**, 2019 bislang das wichtigste Ausgangsland für Menschen, die nach **Italien** aufbrechen. Tunesier sind 2019 mit 28 % die größte Gruppe der Neuankömmlinge in Italien. Die Zahl der von der libyschen Küstenwache Aufgegriffenen oder Geretteten belief sich 2019 auf ca. 7.100 gemeldete Fälle (2018 insgesamt ca. 15.000). Seit 2014 wurde **Italien** von der EU mit fast 1 Mrd. € für das Asyl-, Migrations-, Sicherheits- und Grenzmanagement unterstützt.

Die maltesische Regierung soll ein geheimes Migrationsabkommen mit der libyschen „Einheitsregierung“ in Tripolis abgeschlossen haben (SZ – 11.11.19): Maltas Marine soll der libyschen Küstenwache melden, wenn sich ein Schiff maltesischen Gewässern nähert. Die Libyer sollen es dann abfangen, nach Libyen zurückholen und die Menschen dort in „Auffanglager“ bringen.

Libyen: Den Rahmen für Maßnahmen der EU zum Schutz von libyschen Binnenvertriebenen, Flüchtlingen und Migranten bildete die Arbeit der Task Force der Afrikanischen Union, der EU und der UN, die dazu beitrug, die Evakuierung von Flüchtlingen und Migranten aus den Auffanglagern nahe der Front (angeblich ca. 3.300 Menschen) zu beschleunigen und zu helfen, Zuflucht außerhalb Libyens zu finden. Als ein Auffanglager bei Luftangriffen getroffen wurde, starben mehr als 50 Menschen. Die 482 verbliebenen Flüchtlinge und Migranten suchten nach ihrer Freilassung Zuflucht im Sammel- und Transitzentrum des UNHCR in Tripolis. Wegen der gestiegenen Zahl der Neuankömmlinge ist das Zentrum überbelegt, sodass es nicht möglich war, dort eine nennenswerte Zahl Schutzbedürftiger aus den Auffanglagern aufzunehmen.

Ende September 2019 konnte ein Kernteam der EU-Mission zur Unterstützung des integrierten Grenzmanagements in Libyen, das seine Arbeit von Tunis aus fortgesetzt hatte, nach Tripolis zurückkehren. Die Evakuierung aus Libyen ist ein wichtiger Rettungsweg. Seit September 2017 wurden über 4.000 Menschen evakuiert, davon rund 3.000 über den von der EU finanzierten Nothilfe-Transitmechanismus (Emergency Transit Mechanism – ETM) des UNHCR nach Niger. Ferner gab es direkte Evakuierungen nach Italien (808) und in das Nothilfe-Transitzentrum in Rumänien (303). Von den nach Niger Evakuierten wurden inzwischen 1.856 neu angesiedelt. Die Einrichtung in Niger wird durch einen neuen ETM in Ruanda ergänzt. Ruanda erklärte sich bereit, jederzeit bis zu 500 Menschen aufzunehmen. Fast 200 wurden bereits nach Ruanda evakuiert. Weitere Evakuierungen sind für die kommenden Monate geplant. Ein neues EU-Unterstützungspaket für Ruanda wird derzeit fertiggestellt. Gleichzeitig haben die nigrischen Behörden die Obergrenze für ETM-Maßnahmen wieder auf das frühere Niveau gesenkt, sodass sie möglicherweise bis Ende des Jahres keine weiteren Evakuierten aufnehmen können.

Durch gemeinsame Maßnahmen von EU und IOM wurde seit November 2015 zur Rückkehr von mehr als 49.000 Migranten aus Libyen beigetragen sowie Unterstützung und Wiedereingliederungshilfe für mehr als 76.000 Rückkehrer in ihre Herkunftsländern bereitgestellt. In diesem Rahmen wurde auch die Rettung von über 23.000 Migranten aus der Wüste Nigers unterstützt.

In libyschen Haftzentren würden Menschen nach wie vor gefoltert und misshandelt, so Amnesty und PRO ASYL. Sie fordern das Ende der Kooperation mit der sogenannten „libyschen Küstenwache“, die Gerettete zurück in die Folter- und Haftlager bringe. Die europäischen Regierungen machen sich mitschuldig, denn sie wüssten, dass Libyen kein sicherer Ort ist: „Mit Verbrecherbanden darf die EU nicht länger kooperieren.“ Amnesty und PRO ASYL fordern eine schnellere Evakuierung und Aufnahme der in Libyen unter unmensch-

lichen Bedingungen festsitzenden Flüchtlinge (etwa 50.000). Mindestens 5.000 Migranten und Flüchtlingen befänden sich in willkürlicher Haft unter schlimmsten Bedingungen, dazu komme eine unbekannte Zahl weiterer Inhaftierter. Dass Libyen kein sicherer Ort ist, unterstreiche der tragische Tod eines Mannes aus dem Sudan: „Er wurde vor den Augen von UN-Helfern erschossen, als er sich mit etwa 100 anderen – vielen Frauen und Kindern – dagegen wehrte, in ein Internierungslager gebracht zu werden“, so Amnesty. Siehe <https://www.amnesty.de/allgemein/pressemitteilung/malta-malta-amnesty-international-und-pro-asyl-appellieren-alle-eu>

4. Westliche Mittelmeerroute/Atlantikroute

Während **Spanien** 2018 mit fast 64.300 noch die höchste Zahl irregulärer Einreisen in die EU verzeichnete, ist die Zahl der Neuankömmlinge seit Februar 2019 deutlich zurückgegangen, bis Anfang Okt. 2019 auf etwa 23.600 (Rückgang um 47 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum). Mit einer Gesamtzuweisung von 737 Mio. € von 2014–2020 ist Spanien einer der Hauptempfänger von Mitteln aus dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds und den nationalen Programmen des Fonds für innere Sicherheit, u. a. für den Ausbau des Asylamtes und des Aufnahmesystems, die Integration von Ausländern, verstärkter Einsatz von Ausrüstung und Personal an den Grenzen sowie die Rückkehr.

Darüber hinaus wurde seit 2018 Soforthilfen in Höhe von mehr als 42 Mio. € gewährt, um den nationalen Behörden bei der Steuerung der Migrationsströme an der Südküste zu helfen, u. a. mit neuen lokalen Registrierungscentren, der Verstärkung von Guardia Civil und Polizei sowie der Unterstützung von Migranten bei ihrer Ankunft.

Marokko ist mit etwa 30 % das wichtigste Herkunftsland der in Spanien ankommenden Migranten, gefolgt von Algerien, Guinea, Mali und Côte d’Ivoire. Die große Mehrzahl der Migranten, die in Spanien ankommen, ist von Marokko aus aufgebrochen, obwohl in jüngster Zeit eine geringfügige Zunahme der Migranten aus Algerien zu verzeichnen ist.

Marokko steht seit einigen Jahren als Transitland, aber auch als Zielland unter hohem Migrationsdruck. Um bei der Bewältigung dieser Lage zu helfen, hat die EU für die Zusammenarbeit im Bereich Migration insgesamt 238 Mio. €, einschließlich der Unterstützung aus dem EU-Treuhandfonds für Afrika, bereitgestellt. Der Schwerpunkt der Unterstützung durch die EU lag auf dem Ausbau der Kapazitäten Marokkos für die Steuerung der Migrationsströme in und aus seinem Hoheitsgebiet, z. B. im Rahmen der nationalen Strategie Marokkos für Migration und Asyl mit institutioneller Unterstützung in den Bereichen Migrationssteuerung, Kapazitätsausbau und Grenzmanagement. Schutzbedürftige Migranten und Flüchtlinge erhielten Schutz und Zugang zu rechtlichem Beistand, wobei die Rechte unbegleiteter Minderjähriger im Mittelpunkt standen. Freiwillige Rückkehr und Wiedereingliederung wurden ebenfalls finanziell gefördert.

- Quellen:
- 1) Prof. Dr. jur. Holger Hoffmann, FH Bielefeld, Europäische Entwicklungen im Flüchtlingsrecht, Juni – Oktober 2019, S. 18 ff
 - 2) Pressespiegel zur Asylpolitik des Sächsischen Flüchtlingsrats (26.11.2019)
 - 3) PRO ASYL vom 16.08.2019: Perspektivlos & entrechtet in Bosnien: (<https://www.proasyl.de/news/perspektivlos-entrechtet-in-bosnien-die-folgen-der-abschottungspolitik/>)
 - 4) Pressemitteilung von Amnesty International vom 23.09.2019 <https://www.amnesty.de/allgemein/pressemitteilung/malta-malta-amnesty-international-und-pro-asyl-appellieren-alle-eu>)
 - 5) Seehofer lehnt Soforthilfe für minderjährige Flüchtlinge ab, Migazin vom 27.11.2019 <http://www.migazin.de/2019/11/27/griechenland-seehofer-lehnt-soforthilfe-fuer-minderjaehrige-fluechtlinge-ab/>